

Das monatliche Magazin von Armand Zorn, Mitglied des Deutschen Bundestages

FRANKFURT – BERLIN | DIREKT

November 2023



**Globale
Mindestbesteuerung**

Seite 3

**Digitale Kommunikation
und Desinformation**

Seite 7

**Koalitionsverhandlungen
für Hessen**

Seite 10

INHALT

01

EDITORIAL

02

BESCHLÜSSE DER MINISTER-
PRÄSIDENTENKONFERENZ

03

GLOBALE
MINDESTBESTEUERUNG

04

ZUKUNFTSFINANZIERUNGSGESETZ
& WACHSTUMSCHANCENGESETZ

05

GERMAN-AMERICAN-CONFERENCE
IN HARVARD

06

DISKUSSION MIT DEM STELL-
VERTRETENDEN FINANZ-
MINISTER DER USA

07

DIGITALE KOMMUNIKATION
UND DESINFORMATION

08

THEMENWOCHE INDUSTRIE-
STANDORT FRANKFURT

09

BÜRGER:INNENDIALOG MIT
MIKE JOSEF

10

KOALITIONSVERHANDLUNGEN
FÜR HESSEN

11

GEWERKSCHAFTSJUNIORIN ZU
GAST IN MEINEM BÜRO



Editorial



Liebe Leserinnen und Leser,

zu Beginn des Monats konnten wir den Deutschland-Pakt bei der Arbeit sehen. Bundeskanzler Olaf Scholz hatte der Union und den unionsgeführten Bundesländern eine enge Zusammenarbeit in der aktuellen Krisenzeit angeboten. Die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz sind ein gutes Signal!

Auch im Bundestag konnten wir mit der Globalen Mindeststeuer, dem Wachstumschancengesetz sowie dem Zukunftsfinanzierungsgesetz wichtige Schritte zur Stärkung der Konjunktur und des fairen wirtschaftlichen Wettbewerbs beschließen.

Um national und international gute Entscheidungen treffen zu können, sind die Diskussion und der Austausch zu anstehenden Herausforderungen besonders wichtig. Ich habe deswegen sehr gerne an der German American Conference der Harvard University und u.a. einem Panel zum wichtigen Thema "Digitale Kommunikation und Desinformation" teilgenommen.

Auch in Frankfurt habe ich wieder das Gespräch mit Bürger:innen und Unternehmen gesucht. Highlights waren dabei meine Themenwoche zum Industriestandort Frankfurt/Rhein-Main und ein Bürger:innendialog

mit unserem Oberbürgermeister Mike Josef in der Nordweststadt zum Gebäudeenergiegesetz.

Wie alle Sozialdemokrat:innen bin ich mit dem Ergebnis der hessischen Landtagswahl alles andere als zufrieden. Trotzdem begrüße ich die Perspektive, dass mit Beginn der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und SPD nach zehn Jahren Schwarz-Grün ein neues Kapitel in Hessen aufgeschlagen wird. Es geht darum, gerade in dieser turbulenten Zeit eine stabile Koalition für Hessen zu bilden, die den sozialen Zusammenhalt stärkt und dem Rechtspopulismus Einhalt gebietet.

Mit den besten Grüßen,

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Michael Josef". The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke at the end.

Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz

Nachdem Olaf Scholz im Oktober den Deutschland-Pakt angekündigt hatte, kamen Anfang November die Ministerpräsidenten mit dem Bund zusammen, um das Vorhaben mit Leben zu füllen.

Erst trafen sich die Ministerpräsident:innen aller 16 Bundesländer zu einer sogenannten Ministerpräsidentenkonferenz zusammen, um Forderungen abzustimmen, mit denen sie im Anschluss in Beratungen mit Olaf Scholz traten. Mit den Ergebnissen können wir weitestgehend zufrieden sein.

In den Beratungen dominierte vor allem das Thema Migration. Man einigte sich

unter anderem auf stärkere finanzielle Unterstützung der Länder, bei der Versorgung Schutzsuchender. Auch war man sich einig, dass die Verfahren beschleunigt und ihre Ergebnisse schneller durchgesetzt werden sollen. Um schneller und direkter Fragen der Migration und Integration angehen zu können, wird die Bundesregierung in Abstimmung mit den Ländern eine Kommission einberufen, die sich in Zukunft intensiv mit diesen auseinandersetzen wird.

Bundeskanzler Scholz kündigte auch einen „Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung“ an. Es ist wichtig, dass in Planungs-

und Genehmigungsverfahren endlich Tempo kommt. Stillstand können wir uns nicht länger erlauben. Das Ganze zur Chefsache zu machen und gemeinsam mit den Ländern voranzukommen ist der konsequente und richtige Schritt.

Was mich besonders freut: Zusammen mit meinen Kolleg:innen vom Netzwerk Berlin habe ich vor einigen Monaten genau das gefordert – ein gutes Gefühl den richtigen Riecher gehabt zu haben. Das Netzwerk Berlin ist eine der drei Strömungen innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion und steht für eine progressive und pragmatische Politik.



Bundesregierung/Denzel



Mehr Steuergerechtigkeit: Die Globale Mindeststeuer kommt!

Die Implementierung des 15-Prozent-Mindeststeuersatzes markiert einen bedeutenden Meilenstein in der internationalen Unternehmensbesteuerung und ist das Ergebnis einer erfolgreichen gemeinschaftlichen Anstrengung. Bereits im Jahr 2021 hatten sich 138 Staaten auf die Einführung dieser Steuer verständigt, was besonders in einer Zeit zunehmender Konflikte und wachsender Polarisierung als ein gutes Signal betrachtet werden kann.

Am 10.11. wurde im Bundestag das Gesetz zur Einführung der globalen Mindeststeuer verabschiedet. Durch unseren Beschluss wurde dieses Vorhaben

nun national umgesetzt.

Das Konzept für die globale Mindeststeuer basiert auf zwei Säulen. Die erste Säule soll sicherstellen, dass Unternehmen auch dort Steuern zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Sie sorgt für mehr Verteilungsgerechtigkeit des globalen Steueraufkommens. Mit der zweiten Säule stellen wir sicher, dass alle Unternehmen einen fairen Beitrag leisten und haben den Mindeststeuersatz von 15 Prozent eingeführt.

Warum ist eine globale Mindeststeuer so wichtig? Das ist allen voran eine Frage der Gerechtigkeit. Es ist unfair, wenn der kleine Handwerksbetrieb höhere Steuern zahlt als der

milliardenschwere, global agierende Konzern. Beide profitieren hier vor Ort von der Infrastruktur, der Ausbildung von Fachkräften und der politischen Unterstützung und sollten daher gleichermaßen einen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Gleichzeitig wird mit dem Gesetz auch der Wettbewerb gestärkt: Es kommt nicht mehr drauf an, wer besonders findige Steuervermeidungsstrategien hat, sondern wer z.B. das bessere Produkt liefert.

Als nächsten Schritt werden wir uns nun der Umsetzung der ersten Säule zuwenden. Ich bin gespannt auf den weiteren Prozess.

Für eine starke Wirtschaft: Das Wachstum- schancen- und Zukunftsfinanzierungsgesetz

Am Freitag, dem 17.11.2023, haben wir zwei wichtige finanzpolitische Gesetze verabschiedet: Das Zukunftsfinanzierungsgesetz und das Wachstumschancengesetz. Beide tragen dazu bei den Wirtschafts- und Innovationsstandort Deutschland zukunfts-fest zu machen.

Wachstumschancengesetz

Das Wachstumschancengesetz besteht aus zahlreichen Maßnahmen zur Begleitung der wirtschaftlichen Transformation, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, der Vereinfachung und Bürokratieentlastung.

Teil der Maßnahmen ist die Einführung einer Investitionsprämie für Klimaschutzmaßnahmen in Höhe von 15 Prozent der Investitionen. Das erfolgt zudem ohne großen bürokratischen Aufwand, indem wir an das Energieaudit des Unternehmens anknüpfen.

Gerade im Bereich der degressiven Abschreibung haben wir weitere wichtige Maßnahmen eingeführt. Die degressive Abschreibung ist eine Möglichkeit, den Wert von Gütern oder auch Immobilien über einen Zeitraum steuerlich abzusetzen. Degressiv bedeutet hier, dass sich der Prozentsatz, den man abschreiben kann, mit

der Zeit verringert.

Mit dem Wachstumschancengesetz führen wir zum einen eine befristete Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter ein. Zum anderen möchten wir im Bereich des Wohnungsbaus einen Beitrag zur Stabilisierung leisten, indem wir eine degressive Abschreibung für Wohngebäude sowie verbesserte Bedingungen für Sonderabschreibungen einführen. Wir haben zudem die Forschungsprämie deutlich ausgebaut und die förderfähigen Aufwendungen so von vier auf zwölf Millionen Euro aufgestockt. Darüber hinaus haben wir die Verlustverrechnungsmöglichkeiten für Unternehmen verbessert.

Zukunftsfinanzierungsgesetz

Mit dem Zukunftsfinanzierungsgesetz wollen wir privates Kapital mobilisieren und den Finanzplatz Deutschland attraktiver machen. Das ist gerade für Frankfurt eine gute Nachricht! Ein Ziel des Zukunftsfinanzierungsgesetzes ist es den Zugang zum Kapitalmarkt zu erleichtern. Dafür senken wir die Mindestkapitalanforderung bei einem Börsengang von 1,25 auf 1 Mio. Euro. Wir führen zudem Mehrstimmrechtsaktien mit einem Stimmrecht von bis zu 10:1 ein und ermöglichen damit Gründer:innen von

Unternehmen trotz Kapitalerhöhungen weiterhin Einfluss auf die Entscheidungen im Unternehmen zu nehmen.

Besonders für die Start-Up Branche machen wir einen weiteren wichtigen Schritt, indem wir die Bedingungen für Mitarbeiterkapitalbeteiligungen attraktiver gestalten. Dabei lösen wir vor allem die sogenannte Dry-Income-Problematik: Bisher war es so, dass Mitarbeitende ihre Anteile am Unternehmen bei einem Arbeitgeberwechsel oder spätestens nach 12 Jahren versteuern mussten – auch wenn das Unternehmen noch keinen Börsengang vollzogen hatte und die Anteile für die Mitarbeitenden noch keinen Geldwert hatten. Das Zukunftsfinanzierungsgesetz adressiert dieses Problem, indem auf eine Besteuerung bei einem Arbeitgeberwechsel verzichtet und die Frist für eine automatische Besteuerung auf 15 Jahre verlängert wird. Diese Regelung gilt für Unternehmen mit bis zu 1.000 Mitarbeiter:innen.

Wir stärken aber auch ganz konkret die Position der Bürger:innen: Ein großer Erfolg der SPD ist die Erhöhung der Einkommensgrenzen für die Arbeitnehmer-Sparzulage für sowohl Fondssparen als auch Bausparen auf 40.000 Euro (Alleinstehende) / 80.000 Euro (Verheiratete).

Teilnahme bei der German American Conference in Harvard

Wo stehen aktuell die transatlantischen Beziehungen? Wie können wir in einer multipolaren Welt sicherstellen, dass demokratische Werte gestärkt werden? Und welchen wirtschaftlichen und technologischen Herausforderungen können die USA und Deutschland nur gemeinsam begegnen?

Diese und weitere Fragen konnte ich Ende Oktober bei der German American Conference (GAC) an der Harvard University (USA) diskutieren. Die GAC ist eine der größten, von Studierenden organisierten Konferenzen, die amerikanische und deutsche Politiker:innen, Wissenschaftler:innen und Unternehmer:innen zusammenbringt und sich für

verstärkte transatlantische Beziehungen einsetzt.

In der aktuellen Zeit sind die transatlantischen Beziehungen wichtiger denn je. Die transatlantische Zusammenarbeit ist und bleibt gerade in Krisenzeiten, wie aktuell mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine und den terroristischen Anschlägen in Israel, ein entscheidender Faktor für die globale Ordnung und Stabilität. Vor diesem Hintergrund ist eine enge außen- und wirtschaftspolitische Abstimmung geboten. Daher sind Formate wie die GAC so wichtig.

Auf der GAC konnte ich an einer Paneldiskussion zum Thema Handel und Technologie teilnehmen. Technologische Innovationen sind

ein zunehmend wichtiges Element in der internationalen Kooperation und auch in geopolitischen Rivalitäten geworden. Mehr als je zuvor ist die politische und wirtschaftliche Stärke von Staaten von ihrer Fähigkeit abhängig, auf digitale Technologien zuzugreifen und diese strategisch zu nutzen und weiterzuentwickeln. Daher ist auch hier die transatlantische Zusammenarbeit so wichtig. Gemeinsam mit den USA setzen wir uns international für menschenzentrierte und demokratische Standards in Technologien ein. Das habe ich unter anderem auf dem Panel erläutert.

Vielen Dank für die spannenden Diskussionen und den Austausch!



Meine Diskussionsrunde mit dem stellvertretenden Finanzminister der USA

Der US-Vize-Finanzminister Wally Adeyemo war am 31. Oktober in Berlin, um die Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zu vertiefen.

Auf Einladung der US-Botschaft nahm ich mit dem stellvertretenden Finanzminister Adeyemo eine Diskussionsrunde mit rund 30 aufstrebenden deutschen Führungskräften aus den Bereichen Wirtschaft, Finanzen, Politik und Social Entrepreneurship teil.

Dabei haben Wally Adeyemo und ich jeweils unseren persönlichen sowie beruflichen Werdegang vorgestellt

und Herausforderungen aufgezeigt. Wir haben über Chancengleichheit und Teilhabe in Politik und Gesellschaft diskutiert. Konkret haben wir uns zum Thema Diversität in Politik ausgetauscht und diskutiert inwiefern Parlamente die Gesamtgesellschaft abbilden und vor allem wie Menschen aktiv für Politik begeistert werden können.

Mit den Teilnehmenden haben wir uns über die Notwendigkeit einer starken transatlantischen Partnerschaft in einer zunehmend komplexen Welt unterhalten.

Vielen Dank für den Austausch, Deputy Secretary!



Digitale Kommunikation und Desinformation – wie sollten wir damit umgehen?

Mitte November durfte ich an einem Panel der Beratung Brunswick Group zum Thema Digitale Kommunikation und Desinformation teilnehmen. Das Thema ist mir ein persönliches Anliegen und gewinnt mit den kommenden Wahlen auf EU-Ebene und auch im US-Wahlkampf an Bedeutung.

Ich beobachte mit Sorge den Anstieg von Hate Speech und Desinformation in den sozialen Medien. Die Algorithmen der Plattformen haben lange Zeit vor allem polarisierende Inhalte gepusht und auch jetzt ist teils noch unklar wie die Algorithmen Inhalte priorisieren. Hinzu kommt, dass es ganze Bots-Farmen gibt, die die sozialen Medien mit Beiträgen und Kommentaren fluten und so politische Meinungsbildung betreiben. Die neuesten Entwicklungen in der generativen KI haben bestehende Trends nochmal verschärft. Durch generative KI-Tools lassen sich täuschend echte Inhalte kostengünstig erstellen, die Menschen in die Irre führen können. In Kombination mit organisierten Desinformationskampagnen können ChatGPT und Co. als Brandbeschleuniger wirken.

Ich sehe hier eine große Gefahr für die anstehenden Wahlen, unsere Demokratie und auch grundsätzlich für einen respektvollen Diskurs im Netz. Die Politik hat den Ernst der Lage erkannt und auch schon einige Regulierungen auf den Weg gebracht:

Der **Digital Services Act** ist die zentrale Regulierung der EU, um Desinformationen und Hate Speech in den sozialen Netzwerken zu begrenzen. Plattformen werden dazu verpflichtet „illegale Inhalte“ von ihren Netzwerken zu löschen und müssen hier bestimmte Vorgaben, wie bspw. einen nutzerfreundlichen Meldemechanismus, einhalten. Handelt die Plattform nicht fristgerecht, haftet sie für die Inhalte. Die Umsetzung ist allerdings nicht trivial, da sich die großen Plattformen, insbesondere X (vormals Twitter), nicht immer kooperativ zeigen.

Außerdem hat die EU im Oktober eine **Regulierung zur politischen Werbung** vorgelegt. Das ist ein wichtiger Meilenstein. Demnach dürfen besonders sensible persönliche Daten wie Religionszugehörigkeit, Hautfarbe oder sexuelle Orientierung nicht mehr für politische Werbung genutzt werden, da sie ein zu konkretes Targeting zulassen und Ressentiments schüren könnten. Zudem muss politische Werbung künftig als solche kenntlich gemacht werden, sodass die Transparenz für Bürger:innen gestärkt wird.

Neben diese Regulierungen ist es vor allem wichtig, dass sich jede und jeder Einzelne von uns darüber bewusst ist, dass man Inhalten, die online ausgespielt werden, nicht mehr einfach vertrauen kann. Wir müssen diese Medienkompetenz in der Bevölkerung noch viel stärker aufbauen und auch von politischer Seite hier die richtigen Rahmenbedingungen schaffen.

Meine Themenwoche zum Industriestandort Frankfurt

Anfang November habe ich in meinem Wahlkreis eine Themenwoche zum Thema "Frankfurt als Industriestandort" durchgeführt. Dazu habe ich den Industriepark Höchst im Westen meines Wahlkreises besucht, um mir vor Ort ein Bild zu machen, wo bei den Unternehmen im Betriebsalltag die Herausforderungen liegen.

Die Industrie bildet das Rückgrat unserer Wirtschaft und somit auch für die Stabilität unserer Kommunen. Daher ist es mir ein Anliegen, die Bedeutung eines starken Industriestandorts zu betonen, da dieser die Grundlage für Wachstum, Beschäftigung und Innovation ist.

In den Gesprächen vor Ort ging es viel um Fachkräftemangel und wie man gesetzgeberisch die Rekrutierung von Fachkräften aus dem Ausland erleichtern sowie Bürokratie für langwierige Visa-Verfahren abbauen kann. Gerade im Industriesektor ist auch die zu steigende Attraktivität von Ausbildungsberufen von Bedeutung.

Darüber hinaus habe ich mich mit meinen Gesprächspartner:innen über die Verwendung von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Industrie ausgetauscht, was für mich als Digitalpolitiker sehr interessant war. Im Industriepark Höchst hat Sanofi zum Beispiel einen BioCampus aufgebaut, der KI-basiert zu Diabetesmitteln forscht und diese entwickelt.

Der Einsatz von KI reduziert den experimentellen Forschungsaufwand und spart Zeit und Kosten ein. Besonders beeindruckt hat mich der Einsatz von Virtual-Reality Brillen, durch welche die Forschende verschiedene Moleküle evaluieren und so den besten Match für die Entwicklung eines Medikaments identifizieren. Ein 6-monatiges Forschungsprojekt kann somit innerhalb von wenigen Wochen abgeschlossen werden.

Ich nehme viele Anregungen und konkrete Impulse in meine Arbeit nach Berlin mit und werde mich dort weiterhin für eine Stärkung des Industriestandorts Frankfurt einsetzen.



Das Gebäudeenergiegesetz erklärt. Mein Bürger:innendialog mit Mike Josef

Kein Gesetz hat den politischen Diskurs dieses Jahr so geprägt, wie das Gebäudeenergiegesetz (GEG) auch Heizungsgesetz genannt. In vielen Gesprächen und Zuschriften sind Bürger:innen an mich herangetreten und haben mir von ihrer Verunsicherung berichtet. Gerade in Bezug auf die eventuellen zukünftigen finanziellen Lasten gab es viel Unklarheit. Für mich als direktgewählter Abgeordneter ist es immer wichtig, solche Sorgen und Ängste ernst zu nehmen und als Ansprechpartner verfügbar zu sein.

Die Debatte um das GEG wurde sehr emotional ge-

führt. Zusammen mit dem Frankfurter Oberbürgermeister Mike Josef wollte ich in einer gemeinsamen Veranstaltung Raum für diese Fragen geben und gleichzeitig einen Ausblick auf die kommunale Wärmeplanung vorstellen.

Eine der wichtigsten Aspekte des Heizungsgesetzes ist die Rückkopplung der Wärmeplanung der Kommunen. Auf dieser Basis kann jeder aus den vor Ort zur Verfügung stehenden Alternativen, die für sich beste Wärmeversorgung wählen, z. B. Fernwärme, Strom, klimaneutrales Gas, Holz und Pellets oder anderes.

In Frankfurt ist das Thema

Fernwärme besonders relevant. Momentan läuft ein Großteil der Wärmeversorgung noch über Gas. Die Stadt Frankfurt plant aktuell gemeinsam mit der Mainova den Anschluss weiterer Stadtteile an das Fernwärmenetz. Ich begrüße hier den Kurs von Mike Josef. Fernwärme wird für unsere Stadt in Zukunft nur noch relevanter werden, daher ist es wichtig, dass wir uns frühzeitig und unter Einbeziehung der Bürger:innen vorangehen. Bis nächsten Sommer wird die fertige Wärmeplanung vorliegen.





Koalitionsverhandlungen für Hessen

Hessischer Landtag/Heibel

Mit dem Ergebnis der hessischen Landtagswahl am 8. Oktober 2023 waren für mich zunächst zwei Gedanken verbunden: Bestürzung über die zusätzlichen Stimmenverluste der SPD gegenüber dem bereits schlechten Wahlergebnis von 2018 und große Sorge über die Stärke antidemokratischer Kräfte im neuen Landtag. Wir müssen das Ergebnis gründlich aufarbeiten, denn klar ist: Wir sind damit weit entfernt von unserem Anspruch, aber auch unseren Möglichkeiten. Und wir können nicht akzeptieren, dass eine Partei, die allein mit Hass und Angst Politik betreibt, so viel Unterstützung erhält.

Gleichzeitig stand bislang die Frage offen, mit welcher Partei die CDU als Wahlsiegerin die künftige Landesregierung bilden wird. Nach 10 Jahren Schwarz-Grün ist offensichtlich, dass Hessen eine veränderte Konstellation

gut tut. Ich freue mich daher, dass CDU und SPD nun an einem Koalitionsvertrag verhandeln. In einer Zeit des erstarkenden rechten Rands ist es wichtig, dass die SPD als Teil der Regierung gegen das Auseinanderdriften der Gesellschaft arbeiten kann. Wir stehen für Verlässlichkeit und stellen uns der Verantwortung, Vertrauen in die staatliche Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Wir übernehmen diese Verantwortung gerne, aber nicht um jeden Preis.

Es geht darum, gerade in dieser turbulenten Zeit eine stabile und handlungsfähige Koalition für Hessen zu bilden. Dabei muss aber immer klar sein, dass eine Regierung mit SPD-Beteiligung die soziale Situation der großen Mehrheit der Menschen im Land verbessern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken wird.

Eine Landesregierung macht bessere Arbeit, wenn sie

kontinuierlich im Dialog ist mit den politischen Verantwortungsträger:innen vor Ort. Mit ihrer starken kommunalen Verankerung verfügt die Hessen-SPD über viele Sensoren in der Breite des Landes zur sozialen Lage der Menschen und zu den Themen und Problemen, die gerade viele beschäftigen. Nicht nur zu Beginn einer Koalition, sondern auch in der täglichen Arbeit und insbesondere in unvorhersehbaren Situationen ist ein vertrauensvolles und belastbares Verhältnis zwischen Bund, Land und Kommunen wichtig. Die SPD kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Die Verhandlungen laufen bereits auf Hochtouren und der Zeitplan steht: Am 16. Dezember soll ein fertiger Koalitionsvertrag vorliegen, über den dann der Landesparteitag der SPD beschließen wird.

Die Gewerkschaftsjuniorin Yasmine Boubaous zu Gast in meinem Büro



Vom 13. bis zum 17. November 2023 lud die SPD-Bundestagsfraktion zur „Woche für Gewerkschaftsjunior:innen“ ein. Die Gewerkschaftssekretärin der IGBCE RheinMain Yasmine Boubaous begleitete mich als Hospitantin und erhielt Einblicke in meinen Alltag als Bundestagsabgeordneter. Im Austausch ging es insbesondere um arbeitsmarktpolitische und gewerkschaftliche Themen. Das Programm umfasste auch eine Begleitung

der Abgeordneten zu Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen. Daneben standen Führungen, Exkursionen und Diskussionsrunden unter anderem mit Staatsministerin Sarah Ryglewski, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Rolf Mützenich und weiteren Abgeordneten. Ein besonderes Highlight für Yasmine war, dass auch ein Kennenlernen und Austausch mit Bundeskanzler Olaf Scholz Teil des Programms war.

Yasmine: „Eine hochspannende Woche, die ich

als Begleiterin von Armand Zorn erleben durfte. Eine tolle Gelegenheit mir wichtige Themen wie Mitbestimmung in den Betrieben, Stärkung der dualen Ausbildung und dem Brückenstrompreis zum Erhalt der energieintensiven Industrien zu betonen. Besonders schön war es zu sehen, dass der gewerkschaftliche und sozialdemokratische Blick dabei in dieselbe Richtung geht.“

Liebe Yasmine, schön, dass du bei uns warst!

“ Bis zum nächsten
Monat!



Impressum

Herausgeber: Armand Zorn
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 73895

E-Mail: armand.zorn@bundestag.de

Web: <https://www.armandzorn.de/>

Bildnachweise: falls nicht extra erwähnt:

David Lewis, Moritz Erdt, unsplash, Pexels,

KI-generiert mit DALL-E, privat

Bildquelle Titelbild: Sanofi Deutschland

Design & Layout: David Lewis

Erscheinungsjahr: 2023

[armandzorn.de](https://www.armandzorn.de)



[armandzorn.de/linkedin](https://www.armandzorn.de/linkedin)



[armandzorn.de/instagram](https://www.armandzorn.de/instagram)



[armandzorn.de/twitter](https://www.armandzorn.de/twitter)



[armandzorn.de/facebook](https://www.armandzorn.de/facebook)



[armandzorn.de/magazin-abo](https://www.armandzorn.de/magazin-abo)

